

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 67 (1973)
Heft: 1

Artikel: Weltpolitischer Ueberblick : zweites Halbjahr 1972
Autor: Geiss, Imanuel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142164>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Er sagt dazu: «Offensichtliche Tatsache ist, daß wir dazu beitrugen, eine neue Kirche und einen neuen Orden zu schaffen.» Bisher hätten sich die amerikanischen Katholiken besonders patriotisch benommen, weil man sie früher öffentlich als weniger amerikanisch gebrandmarkt hatte. «Die Verkörperung dieses kriegesischen Geistes war natürlich der Kardinal Erzbischof von New York, damals lebendig und erfolgreich. ... Mein 'Nein' wurde gehört, trotz des unermäßig mächtigeren Widerhalles seines 'Ja'».

Es folgte Verbannung, aber auch energische Stellungnahme zu seinen Gunsten durch einen großen Teil der katholischen Öffentlichkeit. Im Herbst 1967 erhielt er als erster katholischer Priester von der Cornell Universität die Einladung, ein Amt im Rahmen einer religiösen Arbeitsgemeinschaft anzunehmen. — Im November 1967 hatte Philip Berrigan, selbst Ordensgeistlicher, mit drei Freunden in Baltimore Blut über Einberufungsakten gegossen. Im Mai 1968 lud er Daniel ein, sich an einem Überfall auf eine Einberufungsstelle zu beteiligen. Dieser sagte zu und wurde Mitglied der Catonsville-Gruppe. Die Verbrennung von Hunderten von Einberufungsakten mit selbstangefertigtem Napalm ist bekannt und auch der Prozeß, in dem sie vor allem ihre Solidarität mit allen Kriegsoptionen öffentlich kundtun wollten.

Wie sehr Daniel Berrigan darunter leidet, daß er die Handhabung der Gesetze in seinem Land von seinem christlichen Glauben aus nicht bejahen kann, mögen die in diesem Heft abgedruckten Zitate aus diesem Kapitel zeigen. Wie erschüttert werden er, seine Freunde und viele ihrer Landsleute sein, daß die heuchlerisch mit dem Bibelwort von den Pflugscharen begonnene Amtsperiode mit einer sich täglich steigenden Bombenlast auf Nordvietnam und seine bevölkerte Hauptstadt endet.

B. W.

Weltpolitischer Ueberblick

Zweites Halbjahr 1972

Überall Zunahme der Gewalt

Der Menschheit ganzer Jammer erfaßt den Chronisten, verfängt er sich im Bemühen, am Ende eines besonders unruhigen, blutigen und gewaltvollen Jahres auch nur die zweite Jahreshälfte im Rückblick auf einen halbwegs gemeinsamen Nenner zu bringen. Denn die düstere Cassandra-Prognose vom letzten Halbjahres-Bericht ist nur zu wörtlich eingetroffen (NW, 7/8, S. 245). Die weitere Zunahme der Gewalttätigkeit ist nicht zu übersehen. Ihren verbrecherischen Krieg in Vietnam haben die USA unter ihrem mit trügerischen Friedensparolen wiedergewählten Präsidenten Nixon fortgeführt, ja unter dem Schutz der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage zu einem schier unfaßbaren Massenbombardement jetzt auch von Hanoi und Haiphong gesteigert, das allgemein (von der Hamburger «Welt» abgesehen), die Erinnerung an die schlimmsten Bombardements des Zweiten Weltkriegs weckte.

Wie ein Blitzschlag erhellte das Massaker von München-Fürstentfeldbrück den gespaltenen Zustand unserer Welt zwischen Besitzenden

und Privilegierten, die alle vier Jahre in einem internationalen Wanderzirkus, diesmal mit besonders «heiter» sein wollenden Spielen, ihre Macht und ihren Reichtum demonstrieren. Den jähen Einbruch der Gewalt in die potemkinschen Dörfer des «Olympischen Friedens» (während die amerikanischen Bomben in Vietnam lustig weiterfielen) beantworteten die Mächtigen dieser Erde nur mit selbstgerechter Empörung über die Gewalttaten verzweifelter Randgruppen unserer Gesellschaften. Wenigstens der westdeutsche Bundespräsident Gustav Heinemann hat sich in seiner Weihnachtsansprache die Mühe genommen, den Zusammenhang zwischen der chronisch und unheilvollen Gewaltsituation im Nahen Osten und dem Massaker von München-Fürstentfeldbrück herzustellen.

Der Bürgerkrieg in Nordirland geht weiter, und das schwere Erdbeben in Nicaragua, kurz vor Weihnachten, erschütterte durch das Ereignis ebenso wie durch die Korruption der Somoza-Diktatur, die durch Erdbebenkatastrophe u. a. durch die weitgehende Veruntreuung der eingeflogenen Hilfsgüter in peinlicher Weise bloßgelegt wurde. Dabei bewies die Erdbebenkatastrophe von Nicaragua ebenso wie die Serie von verlustreichen Flugzeugabstürzen, wie gefährdet unsere menschliche Existenz auch ohne mutwillige Kriege und Konflikte ist.

Zerstörung des Prinzips Leben selbst

Da für die USA nichtamerikanische weiße Menschenleben offenbar nichts mehr zählen, ist der deprimierendste und gravierendste Aspekt an der Wiederaufnahme des US-Bombenkrieges gegen Vietnam in einem bisher ungeahnten Ausmaß vielleicht die Zerstörung des Prinzips Leben selbst, in ganz Vietnam durch die US-Kriegsmaschine. Während alle Welt vom Umweltschutz zur Vermeidung der ökologischen Katastrophe spricht, praktizieren die USA zur «Wahrung» ihres Gesichts die Zerstörung der Natur schlechthin mit auf Generationen irreparablen Schäden für die gesamte Umwelt, nicht nur in Vietnam und Indochina. Schon dafür gehört die Politik der USA in USA als Verbrechen und Aggression weltweit gebrandmarkt, zum Beispiel durch eine förmliche Verurteilung in der UNO.

Die inneramerikanische Szene, vor der sich das US-Verbrechen abspielt, zeichnet sich gegen Jahresende aus durch eine merkwürdige Diskrepanz zwischen Euphorie über die triumphale Wiederwahl Nixons und die von ihm systematisch geweckten Illusionen über einen bald bevorstehenden Waffenstillstand oder gar Frieden in Vietnam einerseits, der allgemeinen Lethargie in der Bevölkerung selbst über die Wiederaufnahme und Brutalisierung des amerikanischen Bombenkriegs in Vietnam andererseits, während die liberale Presse («New York Times», «Washington Post») und vermutlich die Mehrheit zumindest des Senats gegen

den Krieg vehement Stellung bezieht. Nach Meinungsumfragen decken 2 Drittel der US-Bevölkerung die Bombenpolitik Nixons, kein Wunder — ihre «boys» sind zum größten Teil zu Hause (mit oder ohne Hasch, mit oder ohne Arbeit), und die amerikanischen Bombenpiloten besorgen ihren «job» aus der bislang sicheren Distanz von 18 Kilometern über der von ihnen gemarterten Erde und Bevölkerung Vietnams.

Wie könnte das amerikanische Volk reagieren?

Da erfahrungsgemäß die Gewalt und das Blut, das eine Nation zu verantworten hat, früher oder später auf die Nation selbst zurückschlägt, stellt sich die Prognose für die USA noch düsterer als je zuvor. Die weltweite Schande für die USA wird auf Generationen (wenn die Menschheit solange überhaupt noch mit einem kollektiven Gedächtnis existiert) unauslöschlich bleiben. Da die Bevölkerung offenbar zynisch erleichtert reagiert, weil sie durch den Vietnamkrieg nicht mehr direkt betroffen wird, schlägt endlich die Stunde des Parlaments, entweder durch Streichung der finanziellen Mittel für den Vietnamkrieg, oder aber, falls das nichts nützt, Versetzung des Präsidenten in den Anklagezustand durch das in der amerikanischen Geschichte bisher erst einmal angewandte Instrument des «impeachment». Scheitert ein solcher Antrag, weil er immerhin eine schwerwiegender politischer Eingriff wäre, so bleibt für alle amerikanischen Gegner nur noch der Rückgriff auf die Unabhängigkeitserklärung von 1776, wonach eine Regierung, die nicht mehr der Wohlfahrt eines Landes dient, abzulösen sei. Das galt für die Regierung Johnson und gilt für die Regierung Nixon. Beide Präsidenten hatten sich ihre überwältigenden Mehrheiten zu ihrer Wiederwahl durch betrügerische Friedensparolen gesichert, um anschließend den Krieg in Vietnam zu eröffnen bzw. wiederaufzunehmen. Die Umgehung der US-Verfassung, die dem Kongreß das Recht auf Entscheidung über Krieg und Frieden zubilligt, die Brechung des Völkerrechts und der UNO-Charta durch den unerklärten, somit doppelt illegalen Krieg gegen Vietnam, gäben Handhabe genug für den Rückgriff sowohl auf die amerikanische Verfassung («impeachment») als auch auf die amerikanische Unabhängigkeitserklärung.

Die Erweiterung der EWG

Im Vergleich zum permanenten US-Verbrechen in Indochina versinken die zahlreichen anderen, an sich wichtigen politischen Ereignisse in anderen Ländern zu zweit- und drittrangigen Vorgängen. Die Aufnahme der Vorverhandlungen in Helsinki über die Europäische Sicherheitskonferenz gewinnt gegen den vietnamischen Hintergrund fast schon einen makabren Charakter, ebenso die Erweiterung der EWG der Sechs zur Europäischen Gemeinschaft der Neun durch den Beitritt Englands,

Dänemarks und Irlands zum 1. Januar 1973. In Dänemark und Irland vollzog sich der Beitritt relativ glatt, dagegen scheiterte er in Norwegen in einem Plebiszit, während er in England zwar parlamentarisch gelang, aber durch den nun offen drohenden Zerfall der Labour Party die schwebende innere Krise verschärft oder vollends nach außen treten läßt.

England

Das unwürdige Taktieren des Super-Opportunisten Harold Wilson hat nunmehr auch einen erheblichen Teil der Labour-Party in Opposition zu ihm getrieben, aber es zeichnet sich kein Nachfolger ab, sodaß die Labour-Party so gut wie kopflos in kommende Wahlkämpfe gehen muß. Ihre Misere zeichnet sich auch in ihrem nicht mehr ganz so überraschend schlechten Abschneiden bei zwei Nachwahlen im Dezember ab, während die Liberal-Party nunmehr innerhalb kurzer Zeit ihr zweites Mandat in Nachwahlen gewann, eines auf Kosten der Konservativen, das andere auf Kosten von Labour. Angesichts der nun schon chronischen Verbrauchtheit der beiden großen Parteien wäre das Comeback einer erneuerten und modernisierten Liberal-Party bei den nächsten Parlamentswahlen gar nicht mehr so ausgeschlossen. Zwar hatten in den letzten zwei Jahrzehnten die Liberalen bei Nachwahlen immer noch am besten abgeschnitten, um dann bei den allgemeinen Wahlen doch wieder unterzugehen, aber damals standen entweder die Konservativen oder die Sozialisten als intakte Oppositionspartei und alternative Regierungspartei zur Verfügung, während diesmal beide großen Parteien abgewirtschaftet haben und hoffnungslos diskreditiert sind — die Konservativen seit dem späten Harold Macmillan und Dorglas Home, erst recht unter Heath, Labour seit der Regierung Harold Wilson.

Wiederaufstieg der Liberalen?

Da aber auch ein liberaler Sieg die Liberalen vermutlich als kleinste Fraktion im Unterhaus beließe, zeichnet sich so vielleicht die Möglichkeit einer sozialliberalen Koalition in England ab. Etwas Neues für England — warum aber nicht?

Die Gaullisten ohne de Gaulle

Viel konkreter ist dagegen eine Koalition mit historischer Tradition im benachbarten Frankreich — ein Bündnis zwischen Kommunisten, reorganisierten Sozialisten und von den Radikalsozialisten abgesplitterten Linksradikalen. Zu den Parlamentswahlen vom März 1973 spricht sich, laut Meinungsumfragen, eine wachsende relative Mehrheit der Franzosen für die neue Volksfront aus, sodaß ein Wahlsieg gegenüber der durch Korruption, Skandalen und Absplitterung geschwächten

Gaullisten und dem neuen Zentrum unter Lecanuet und Servan-Schreiber die neue vereinigte Linke den Sieg erringen könnte. Die politischen Konsequenzen wären, solange Pompidou Präsident bleibt, vermutlich die permanente Verfassungskrise, aus der sich sehr wohl die politische Paralyse des Landes und damit ein ernsthafter Konflikt entwickeln könnte.

Sieg der sozialliberalen Koalition in Deutschland

Dagegen löste sich fürs erste die innenpolitische Krise auf der anderen Seite des Rheins durch den strahlenden Sieg der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik unter Brandt/Scheel. Die Entwicklung im ersten halben Jahr hatte unvermeidlich auf vorgezogene Neuwahlen gedrängt. Die Münchner Olympiade mußte aus Termingründen noch abgewartet werden, und sie hätte den zusätzlichen Prestigegewinn für die Bundesregierung bringen sollen. Obwohl der Ausgang dann so ganz anders war, litt die Sache der SPD und FDP keineswegs durch den von der CDU/CSU provozierten Streit um die Effizienz der Polizeimaßnahmen gegen die palästinensischen Terroristen auf dem Flugplatz von Fürstenfeldbrück. Die Koalition überstand sogar die Krise um den ebenso ehrgeizigen wie eitlen Ex-Wirtschaftsminister Karl Schiller, der glaubte, in maßloser Überschätzung seiner eigenen Bedeutung sich von vornherein zu einer Art Super-Schattenkanzler aufblähen zu können.

Mögliche Entwicklungen

Der spektakuläre Rücktritt Schillers auf Raten zahlte sich für die CDU/CSU ebensowenig aus wie das Überlaufen einiger Abgeordneter aus SPD und FDP oder der massive Einsatz von Kapital von seiten der Wirtschaft. Die CDU wurde, ähnlich wie 1969, vor allem in den katholisch-agrarischen Wahlkreisen rings um Rhein und Ruhr geschlagen, wo noch ein besonders großer Nachholbedarf an intellektueller und politischer Emanzipation festzustellen ist, diesmal aber auch in Teilen des Ruhrgebiets, in protestantisch-agrarischen Gebieten Norddeutschlands und — erstmalig — auch in ungefähr der Hälfte der katholisch-ländlichen Wahlkreise Süddeutschlands — vom Saargebiet über die Südpfalz, Nordbaden und Nordwürttemberg bis nach Niederbayern. Hier sind vermutlich bei den nächsten Wahlen — immer einigermaßen normale Verhältnisse vorausgesetzt — die größten Zuwachsraten für die SPD zu erwarten, außerdem in den gemischt agrarisch-städtischen Teilen Nordbayerns.

Innerparteiliche Konflikte bestehen weiter

In der Stunde der Niederlage zeigten sich, wie zu erwarten war, die Bruchstellen innerhalb der CDU/CSU, an denen sie zerfallen könnte. Die

Union steht vor dem schier unlösbaren Dilemma, daß sie mit ihrem farblosen und glücklosen Spitzenkandidaten Barzel in eine weitere Niederlage hineinmarschieren würde, daß ihre relativen Wahlsieger, die Rechtsaußen Strauß (CSU) und Dregger (CDU Hessens) als Spitzenkandidaten das todsichere Abonnement auf eine noch vernichtendere Niederlage einbrächten, während die einzigen vorläufigen Alternativkandidaten, Kohl und Stoltenberg, als Ministerpräsidenten in ihren jeweiligen Ländern an Prestige einbüßten, weil dort die CDU so stark zurückging, daß ihre Wahlniederlage bei den Landtagswahlen 1974 wahrscheinlich wird. Paradoxerweise zeigten sich aber auch in der SPD unmittelbar nach dem Wahlsieg die entsprechenden Bruchlinien zwischen dem linken und rechten Flügel einerseits und der jeweiligen Restpartei andererseits. Das Aufbegehren des linken Flügels und der Jungsozialisten vor der nicht gerade strahlenden Regierungsneubildung, die angebliche, jedenfalls halb dementierte Gruppenbildung auf dem rechten Flügel, wo mit den Ministern und der weitgehend unpolitischen Fraktion der sogenannten «Kanalarbeiter» als Massenbasis ohnehin schon traditionell der Schwerpunkt der Macht innerhalb der SPD lag, rückt die schon vor zwei Jahren an dieser Stelle skizzierte Möglichkeit einer Spaltung auch der SPD in eine realistischere Nähe, zumal Willy Brandt nach den Wahlen selbst vor Flügelbildung und Parteispaltung warnte. Die heftige Kritik der Jungsozialisten am Schweigen Willy Brandts zu Vietnam und die gereizte Reaktion der Parteiführung lassen erwarten, daß die innerparteilichen Konflikte weitergehen und an Heftigkeit zunehmen werden. Trotz absoluter Mehrheit ist die Koalition der SPD und FDP längst noch nicht überm Berg. Die Phase der aktiven Ostpolitik wurde zwar mit der Unterzeichnung des Grundvertrags zu einem gewissen Abschluß gebracht. Aber die innen- und wirtschaftspolitischen Probleme werden in der kommenden Legislaturperiode stärker denn je im Vordergrund stehen. Angesichts der Fülle von in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung kaum lösbaren Probleme sind auch in der scheinbar zunächst konsolidierten Bundesrepublik politische Überraschungen möglich, angefangen bei der Hochschulpolitik, wo CDU in Baden-Württemberg und rechte SPD in Hamburg auf Kollisionskurs mit jeder vernünftigen Hochschulpolitik zu gehen scheinen.

Der Grundvertrag und seine Folgen

Der Grundvertrag brachte mit der faktischen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik den Anfang der internationalen Anerkennung der DDR auch durch westliche und neutrale Länder, kulminierend in der gleichzeitigen Aufnahme, zusammen mit der BRD, in die UNO im Herbst 1973. Damit ist nicht das Ende des Deutschen Reiches signalisiert, sondern lediglich der Totenschein für das schon 1945 endgültig

verstorbene Deutsche Reich wurde ausgestellt und der die politische Atmosphäre noch immer vergiftende Reichsleichen endlich unter die Erde gebracht. Die Anerkennung der DDR muß aber auch die Anerkennung von Verträgen durch die DDR nach sich ziehen. Die schlitzohrige Art, wie die DDR-Regierung versucht, durch individuellen Druck auf ihre Bürger die Konsequenzen aus dem Verkehrsvertrag zu unterlaufen und die formal konzedierte Kontakte wieder tunlichst zu unterbinden, läßt erkennen, daß die DDR-Führung hier noch einen Lernprozeß durchzumachen hat, wenn sie den durch die längst überfällige Anerkennung erworbenen Kredit nicht sofort wieder durch mangelnde Vertragstreue und internationale Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen will.

Wiedergutmachungs-Forderungen an die DDR

Ein weiteres Problem wächst der DDR aus der Anerkennung zu, weil zahlreiche Staaten, u. a. Israel, auf Eintreten der DDR in die moralische Pflicht der finanziellen Wiedergutmachung für Schäden aus dem Zweiten Weltkrieg drängen. Besonders der Fall Israel wird für die DDR schwer zu lösen sein, weil die moralische Pflicht auf Wiedergutmachung kaum abzuweisen ist, während die DDR, nach ihrer bisherigen Stellungnahme zu urteilen, ihre neuen arabischen Freunde vermutlich nicht durch indirekte Unterstützung Israels brüskieren will. Andererseits hat sich die DDR, nach westlichen Pressemeldungen, bereit erklärt, als Preis für die Anerkennung durch das Schah-Regime in Iran, die Unterstützung der Tudeh-Partei und oppositioneller iranischer Studentenorganisationen einzustellen. Sollten die Meldungen stimmen, so hätten wir hier einen peinlichen Fall von Anerkennungsopportunismus, der vielleicht auch für andere Krisengebiete der Welt Schule machen könnte.

Der Nahostkonflikt

Der Nahostkonflikt kocht hoffnungslos vor sich hin. Auf jeden Terrorakt palästinensischer Gruppen folgte mit alttestamentarischer Strenge und Promptheit sofort der hundertfach härtere Gegenschlag der Israeli nach dem Libanon und nach Syrien hinein. Die ägyptische Regierung wirft den Sowjets vor, sie halte die Araber vom Krieg gegen Israel zurück, und neuerdings werfen das Gleiche ihrer Regierung ägyptische Offiziere und Studenten vor, sodaß es zur krisenartigen Zuspitzung in Ägypten kam. Im Hintergrund steht der ehrgeizige und noch militantere Ghadafi, der als Beherrscher Libyens überrreiche Ölquellen und damit Finanzen verfügt und sich dem zögernden Sadat als Partner einer neuen arabischen Union, diesmal zwischen Ägypten und Libyen, förmlich aufdrängte.

Israel sah sich gegen Jahresende durch das Bekanntwerden einer

Sabotage- und Terrororganisation erschüttert, in der junge Araber und Israelis gemeinsame Gewaltaktionen gegen Israel planen. Nach den Unruhen der proletarisierten jüdischen Unterschichten aus arabischen Ländern in ihren ghettoartigen Slumvierteln israelischer Städte war der Schock umso größer, daß sich diesmal Angehörige aus den privilegierten Eliteschichten der Kibbuzim gegen den Zionismus und sein Staatsgebilde (Israel) mit konspirativen und gewaltsamen Mitteln wandten. Die Konsequenzen lassen sich noch nicht absehen.

Auflockerung oder Polarisierung?

Theoretisch sind zwei Alternativen denkbar: Entweder verhärtet sich die Mehrheit noch krampfhafter in einem selbstmörderischen Chauvinismus in der historischen Tradition der Zeloten vor rund zweitausend Jahren, oder der Schock über die «Verräter in den eigenen Reihen» löst die chauvinistische Verkrampfung und führt zur Auflockerung oder gar Polarisierung zwischen chauvinistischen und verständigungsbereiten Elementen, sodaß vielleicht die Verständigungsbereiten die Mehrheit gewinnen. Sollte ein solcher Umschwung in Israel noch rechtzeitig zu einer vernünftigen und humanen Lösung kommen, so müßte er aber sehr rasch eintreten, weil stets die Gefahr droht, daß die intransigenten Elemente einen neuen Krieg provozieren oder auslösen könnten, um das politische Austragen der inneren Differenzen abzuschneiden.

Afrikanisierung, aber wie?

Wie rabiater bornierter Chauvinismus wirken kann, hat in den letzten Monaten auf drastische Weise Uganda unter seinem Staatspräsidenten General Amin bewiesen. So sehr eine gewisse innere Logik und Berechtigung hinter dem Konzept der Afrikanisierung stehen mag, die Plötzlichkeit und Brutalität, mit der Amin die Asiaten — Inder und Pakistani — aus Uganda vertreiben ließ, versetzte ihn ins Unrecht, mit wahrscheinlichen Rückwirkungen auf andere afrikanische Länder, die bisher, wie Tansania, in der Afrikanisierung ein behutsameres und vernünftigeres Tempo eingehalten hatten und jetzt möglicherweise unter Druck geraten, ein immer schärferes Tempo einzuschlagen. Die Gefahr, daß Afrika dadurch in eine sterile Selbstisolierung gegenüber der Umwelt gerät, zeichnet sich ab. Mit einem in Provinzialismus, Stagnation und an seinen eigenen Problemen erstickenden Afrika wäre niemandem gedient, am wenigstens Afrika selbst oder den Befürwortern und Freunden seiner Unabhängigkeit in Europa.

Vietnam: USA und Satelliten nicht am Frieden interessiert

Das Wiederaufleben des Vietnamkrieges in seiner bisher härtesten Phase

hat das Eintreten der schon früher an dieser Stelle erörterten Konsequenzen aus dem auf die Dauer nun doch nicht zu vermeidenden Friedensschluß in Vietnam noch einmal vertagt, weil weder die USA noch ihre Satellitenregime wie Südvietnam und Thailand, an seinem tatsächlichen Eintreten interessiert sind. Jedenfalls käme der längst überfällige Friede in Vietnam vermutlich einem Linksdruck zumindest im südlichen Asien gleich — früher oder später, friedlich oder gewaltsam (NW 1972, S. 247) Sicherlich unabhängig davon zeigen sich beide Varianten der weiteren Entwicklung bereits in zwei asiatischen Staaten — Japan und den Philippinen, wenn man will auch noch im ebenfalls zweigeteilten Korea. In Korea macht der Prozeß der friedlichen Annäherung zwischen den Staaten offenbar weitere Fortschritte, aber auch die Konsolidierung und Erstarrung der jeweiligen Regime, um unerwünschten innenpolitischen Rückwirkungen aus eben jener staatlichen Annäherung tunlichst vorzubeugen.

Philippinen: Korruptes Regime Marcos

Auf den Philippinen scheint sich ein regelloses Chaos anzubahnen, als Reaktion auf die chaotische Korruption des Regimes Marcos. Ohne zusätzliche Informationen und nähere Detailkenntnisse kann der fernstehende Beobachter noch nicht erkennen, ob sich aus den Kämpfen zwischen Moslems und Katholiken einerseits, kommunistischen Guerillaverbänden und Regierungstruppen andererseits schon eine kohärente Entwicklung herauskristallisiert, zum Beispiel in Richtung auf eine soziale Revolution hin wie in Vietnam.

Japan: Erstarken der demokratischen Kräfte

Die parlamentarische und insgesamt friedliche Variante repräsentierte im zweiten Halbjahr 1972 Japan. Mit einer gewissen Phasenverschiebung könnte dort in den siebziger Jahren ein ähnlicher Prozeß eintreten wie in der Bundesrepublik in den sechziger Jahren: Als Reaktion auf die drohende Renaissance eines neuen friedensgefährdenden japanischen Neo-Imperialismus erstarken die Kräfte einer ehrlichen Demokratie, u. a. begünstigt durch den Zwang der herrschenden Klasse zur Anerkennung der Realitäten, im Falle Japans der Volksrepublik China. Das erste Halbjahr 1972 brachte die Anerkennung Peking durch Japan im Sog des Nixon-Besuchs in Peking, das zweite Halbjahr 1972 brachte mit dem Rückschlag der (konservativen) Liberaldemokratischen Partei auch unter ihrem neuen Premierminister Tanaka und den kräftigen Wahlerfolgen für die Sozialisten und die Kommunisten einen ersten massiven Anstieg der sozialistischen und kommunistischen Opposition.

Australien und Neuseeland:
Distanzierung von der USA-Kriegspolitik

Vier weitere Jahre könnten vielleicht eine ähnliche Entwicklung wie gegenwärtig in Frankreich bewirken, zumal sich auch Ende 1972 die Sozialisten in Australien und Neuseeland durchsetzten, womit die Distanzierung von den USA über den Vietnamkrieg drastisch gleich zweimal unterstrichen wurde.

Wie wirkt sich die weltweite Empörung aus?

So bitter und deprimierend der Vietnamkrieg ist, so läßt das stellvertretende Leiden des vietnamischen Volkes unter den raffinierten Marter- und Mordwerkzeugen der USA doch hoffen, daß sich aus der weltweiten Empörung über diese Verbrechen in der übrigen Welt doch noch eine wachsende Politisierung in Richtung auf Demokratie und Sozialismus einstellt. Das ist der einzige Trost, den man noch aus dem blutigen Gemetzel in Vietnam ziehen kann, so makaber oder gar zynisch es klingen mag. Aber aus der Stellungnahme zu Vietnam wird die Gretchenfrage unserer Zeit. Und für manche stehen die Zeichen in dieser Beziehung auf Sturm.

Immanuel Geiß

An unsere Abonnenten im In- und Ausland

Wir ersuchen Sie höflich um Überweisung des Abonnementsbetrages für 1973.

jährlich Fr. 30.—
halbjährlich Fr. 15.—
vierteljährlich Fr. 7.50

Der Inlandauflage liegt ein Einzahlungsschein bei.

Wir sind allen Abonnenten, die wir nicht mahnen müssen, sehr dankbar; sie ersparen der Administration dadurch Mehrarbeit und Kosten.
Für bereits bezahlte Abonnementsbeträge 1973 herzlichen Dank!

Die Vereinigung «FREUNDE DER NEUEN WEGE»

betreut und trägt die «Neuen Wege»

Jahresbeitrag mindestens Fr. 5.—. Postscheckkonto 80 - 8608. Beitrittserklärungen an die Administration der «Neuen Wege», Seminarstr. 109, 8057 Zürich

Druck und Expedition:

Buchdruckerei Adolf Fehr, Rainstraße 14, 8134 Adliswil, Postfach, 8041 Zürich